Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9803**

18. Wahlperiode 28.09.2016

Antrag

der Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Peter Meiwald, Harald Ebner, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Steffi Lemke, Dr. Julia Verlinden, Matthias Gastel, Stephan Kühn (Dresden), Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Den Holzbau und das Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Innovationen und Werkstoffentwicklungen eröffnen dem Bauen mit Holz und anderen Baustoffen aus nachwachsenden Rohstoffen ursprüngliche Potenziale (zurück). Wissenschaftliche Untersuchungen bescheiden dem modernen Holzbau eine lange Lebensdauer und hohe Wertbeständigkeit. Und nicht zuletzt können die modernen Holzbauweisen die brandschutztechnischen Anforderungen erfüllen. So ist längst – auch und gerade anhand von Bauvorhaben in Berlin – der Nachweis erbracht worden, dass das brandschutztechnische Sicherheitsniveau bei mehrgeschossigen Holzbauten in moderner Bauweise erreicht wird. Die entsprechenden Ergebnisse trugen dazu bei, im Rahmen der Novellierung der Musterbauordnung (MBO) im Jahr 2002, die Möglichkeit zu schaffen, bis zu fünfgeschossige Holzbauten errichten zu können. Allerdings bleibt dieses Segment des Bauwesens den Dämmstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen unverändert verwehrt, auch wenn mittlerweile einzelne Bauvorhaben die technisch-faktische Machbarkeit – auf der Grundlage individueller Brandschutzkonzepte – verdeutlichen.

Am 30. September werden mit HBCD behandelte Dämmstoffe als Sondermüll eingestuft, wenn der Gehalt an persistenten organischen Schadstoffen gleich oder größer der im Anhang IV der EU-POP-VO gelisteten Grenzwerte ist. Damit steht Deutschland vor einem massiven Entsorgungsproblem mit enormen ökonomischen und ökologischen Folgen für Eigenheimbesitzer und die Wohnungswirtschaft. Gleichzeitig bleibt abzuwarten, ob die momentan genutzten Flammschutzmittel in den Dämmstoffen aus Polystyrol wirklich besser sind, oder ob diese in einigen Jahren auch zu Sondermüll erklärt werden.

Mit Blick auf diese Millionen Kubikmeter Sondermüll ist es unverständlich, dass die Bau- und Immobilienwirtschaft, aber auch die Bundesregierung keine Lehren daraus zieht und die Hemmnisse für nachwachsende Rohstoffe im Baubereich abzubauen. Leider spiegelt sich das auch im Haushallt 2017 wieder. Auch die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage 18/9156 zu nachwachsenden Rohstoffen im Baubereich unterstreicht leider diese Haltung.

Bisher wird nachhaltiges Bauen im Wesentlichen mit Energiesparen in der Nutzungsphase korreliert. Diese Betrachtung greift aber zu kurz, ist sogar irreführend. Für die Erstellung eines Gebäudes wird das 20-25-fache der Energie benötigt, die dieses Gebäude später pro Jahr benötigt. Zwar ist die Nutzungsphase eines Gebäudes i. d. R. viele Jahrzehnte, dennoch stellt sich die Frage, wie zielführend es ist, lediglich den Energieverbrauch in der Nutzungsphase zu betrachten.

Herkömmliche Wärmedämmverbundsysteme (umgangssprachlich: Vollwärmeschutz) ist schwer zu recyceln, denn es werden zwischen 5 und 15 Baustoffe miteinander verklebt beziehungsweise verbaut. Eine sortenreine Trennung dieser Baustoffe ist – kaum noch möglich. So werden allein in Deutschland täglich mehrere 10.000 Kubikmeter zukünftiger (Sonder-)Müll produziert. Trotzdem stellt die Bundesregierung alternative, ökologische und nachhaltig wirkende Baustoffe in der öffentlichen Fördersystematik nicht besser. Diese sind in den KfW-Gebäudesanierungsprogrammen mit Dämmstoffen auf petrochemischer Basis gleichgestellt, ohne aber die benötigte Produktionsenergie widerzuspiegeln. Die bei Dämmstoffen auf petrochemischer Basis im Vergleich zu nachhaltigen Baustoffen ein Vielfaches höher ist. Hinzukommt, dass konventionelle Dämmstoffe aufgrund der Steuerbefreiung für die stoffliche Nutzung von Erdöl einen Marktvorteil gegenüber nicht erdölbasierten Baustoffen haben, und dadurch billiger sind.

Trotz Klimakrise ist nach wie vor Beton auf Basis des energieintensiven Zementes der Baustoff der Wahl. Unternehmen der Zementindustrie sind als energieintensive Unternehmen bislang in erheblichem Umfang von Energiesteuern und CO_2-Kosten befreit und haben von daher wenig Anreiz zur Umstellung ihrer Produktion auf ökologischere Alternativen. Die Zementindustrie ist außerdem einer der größten Nutzer von Ersatzbrennstoffen aus Abfall, was dem Ziel einer Kreislaufwirtschaft deutlich entgegensteht.

Dies trifft nicht nur für den Gebäudebau zu, sondern auch auf den Straßenbau. So können Brücken, sofern sie eine bestimmte Traglast nicht überschreiten, ebenfalls in Holzbauweise gebaut werden. Insbesondere Fußgängerbrücken oder Brücken für Wirtschaftswege, Wildbrücken bzw. niedrig belastete Straßen können so deutlich umweltfreundlicher gebaut werden.

Durch die Substitution von Stahl und Beton durch Holz in Kombination mit weiteren Baustoffen aus nachwachsenden Rohstoffen kann der Ausstoß von CO_2 in die Atmosphäre erheblich verringert werden. Für jeden Kubikmeter Holz, der als Substitut für konventionelle Baumaterialien eingesetzt wird, gelangt ungefähr eine Tonne CO_2 weniger in die Atmosphäre (Martin Höbarth, Holzverwendung als Beitrag zum Klimaschutz, Nachhaltiger Klimaschutz – BMLFUW). Dies beruht bei der Entstehung von Holz im Zuge der Fotosynthese auf dem biochemischen Prozess der Aufspaltung von CO_2 in Sauerstoff und Kohlenstoff, der in Zellulose eingelagert den Grundstoff für Holz bildet. Bei einer 70 m2 großen Wohnung in einem mehrgeschossigen Wohnhaus entspricht dies, je nach Bautechnik, zwischen 15 und 25 Tonnen CO_2. Klimaschutz lässt sich damit auch in hohem Maße im Baubereich erreichen, wenn auf nachwachsende Rohstoffe gesetzt wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine nationale Holzbaustrategie für Hochbau und Ingenieurbau beispielweise nach schwedischem Vorbild aufzulegen, um
2. den Einsatz ökologischer Baustoffe im Neubau und bei energetischer Sanierung zu fördern, indem:
   a) ein Modellprogramm für ökologische Baustoffe mit einem Programmvolumen in Höhe von 20 Mio. Euro initiiert wird;

b) bei den Programmen der KfW-Bankengruppe für Neubau und Sanierung die Verwendung von kohlenstoffspeichernden Baumaterialien auf Grundlage nachwachsender Rohstoffe stärker unterstützt werden, beispielsweise in Form eines Standards „Effizienzhaus Nature+“ der KfW-Bankengruppe;

c) Standards für den Energiebedarf zur Herstellung von Baustoffen eingeführt werden, die den gesamten Lebenszyklus der Baustoffe vollumfänglich, d. h. inklusive Herstellung und Entsorgung, berücksichtigen;

d) bei Energieausweisen für Gebäude über die Angabe des Energiebedarfs hinaus eine Nachhaltigkeitsbewertung des im Rahmen der Lebenszyklusbetrachtung der Gebäude eingeführt wird, und damit auch bei Erstellung und Abbruch der Gebäude sowie durch die Herstellung und Entsorgung der Baustoffe erfasst wird, eingeführt wird;

e) Baustoffe aus nachwachsenden Rohstoffen bei brandschutztechnischen Anforderungen gegenüber konventionellen Baustoffen in ihrer, an den Schutzzielen ausgerichtete Leistungsfähigkeit nicht benachteiligt werden;

f) die Entwicklung einer einheitlichen Zertifizierung von ökologischen Baustoffen und einer einheitlichen Zertifizierung von Gebäuden unterstützt wird,

3. eine Initiative für eine Musterbauordnung Holz zu starten,

4. bei der Novellierung der Energieeinspar-Verordnung (EnEV) zusätzlich die Umweltauswirkungen zur Bereitstellung der sog. Grauen Energie bei der Herstellung von Bau- und Dämmstoff zu berücksichtigen,

5. zu einer Selbstverpflichtung des Bundes, bei allen zukünftigen Neubauvorhaben für mindestens 20% der konstruktiv bzw. wärmeschutztechnisch notwendigen Bauteile Baustoffe aus nachwachsenden Rohstoffen einzusetzen,

6. die Subventionierung petrochemischer Kunststoffe und CO2-intensiver Baustoffe abzubauen, indem:

   a) die Steuerbefreiung für die stoffliche Nutzung von Erdöl abgeschafft wird;

   b) Energie- und Stromsteuersubventionen für die energieintensive Herstellung von Baustoffen wie Zement und Keramik nur gewährt werden, wenn die Produktion ansonsten nachweislich von der Verlegung ins weniger stark regulierte Ausland bedroht wäre und die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen nachweisen werden kann,

7. die Forschung im Bereich ökologischer Baustoffe zu stärken, indem: der Aspekt Wohngesundheit und Schadstoffemissionen im Wohnbereich im Rahmen der Ressortforschung stärker berücksichtigt wird und verstärkt Maßnahmen zur Reduktion von Schadstoffemissionen im Wohnbereich entwickelt werden,

8. ein Förderprogramm zur Finanzierung von Luftschadstoffmessungen und ggf. notwendigen Schadstoffsanierungen im Gebäudebestand begleitend zur energetischen Sanierung aufzulegen, um die gesundheitlichen Folgen jahrzehntelangen chemischen Holzschutzes im Bausektor abzumildern,

9. den Anbau nachwachsender Rohstoffe zur Herstellung von Baustoffen bodenschonend zu gestalten, indem: der vorsorgende Bodenschutz als Anforderung für den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen rechtlich verankert und die gute fachliche Praxis um Vorgaben zum bodenschonenden Anbau nachwachsender Rohstoffe, wie beispielsweise mindestens dreigliedrige Fruchtfolge, Sortenvielfalt, Bevorzugung von Kulturen mit geringem Nährstoffbedarf und extensiven Bewirtschaftungssystemen, ergänzt wird,

10. sicherzustellen, dass auch beim importierten Holz strenge soziale und ökologische Standards sowie der Legalitätsnachweis beim Anbau und Rodung eingehalten werden,

11. sich dafür einzusetzen, dass der gemeinsame Erlass zur Beschaffung von Holzprodukten von 2007 lückenlos und nachweislich angewandt wird,
12. den pestizidfreien naturschutzverträglichen Anbau von nachwachsenden Bau- und Dämmmaterialien wirksam zu fördern bzw. förderfähig zu stellen, insbesondere die Kultivierung von beispielsweise Typha (Rohrkolben) oder Schilf auf Retentions- und Überschwemmungsflächen sowie auf wiedervernässten Niedermoorböden,
13. durch entsprechende Förder- und Forschungsprojekte des Bundes die Nutzung von ökologisch vorteilhaften Baustoffen in der Berufsausbildung und beruflichen Weiterbildung von allen Bauberufen und im Architektur- und Bauingenieur-Studium besser zu verankern,
14. die Nutzung von ökologisch vorteilhaften Baustoffen auch in der Energieberatung durch entsprechende Qualifizierung von Beraterinnen und Beratern voranzubringen, z. B. durch ein zusätzliches Weiterbildungsmodul als Voraussetzung für die in der Energieeffizienz-Expertenliste der DENA gelisteten Expertinnen und Experten.

Berlin, den 27. September 2016

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

In den Bestandsgebäuden werden 40 Prozent der Endenergie für Wärme und Kühlung verbraucht und fast 30 Prozent der gesamten CO_2-Emissionen in Deutschland verursacht. Der Gebäudebereich spielt für das Erreichen der Klima- und Energieeinsparziele eine zentrale Rolle. Mit den Klimazielen gehen Fragen der Versorgungssicherheit einher. Das Gros der fossilen Energierohstoffe wird aus außereuropäischen Ländern importiert. Deutschland lag in 2008 mit einem Erdölverbrauch von 118,1 Millionen Tonnen an sechster Stelle der zehn Länder mit dem weltweit größten Erdölverbrauch. Die deutsche Wirtschaft zahlte im Jahr 2010 allein für ihre Ölimporte 41,6 Mrd. Euro.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333